

Südtirol im neuen Europa

Zusammenfassung eines Vortrags von Siegfried Brugger, Obmann der Südtiroler Volkspartei

16. Mai 2000

Als Obmann der Südtiroler Volkspartei leitete Siegfried Brugger seinen Vortrag mit einer kurzen Analyse des Wesens seiner Partei ein. Diese sei, so Brugger, eine ethnische Sammelpartei mit stark christlich-demokratischer und stark sozialdemokratischer Komponente und pflege ganz bewusst den Kontakt mit der SPÖ auch nach deren Wechsel in die Opposition.

Im Falle von Südtirol, führte Brugger weiter aus, handle es sich um ein Modell, das eine Lösung für sein Minderheitenproblem gefunden habe. Dieses Modell sei aber nicht unbedingt übertragbar auf andere Minderheiten. Grundsätzlich führe es aber den allgemeingültigen Beweis, dass Volksgruppenprobleme langfristig niemals durch Unterdrückung gelöst werden könnten, sondern nur durch den Schutz der Volksgruppen in ihrer eigenen Sprache, Kultur und Identität.

Mit dieser Einführung leitete Brugger zu einem historischen Überblick über. Beginnend mit der Trennung Südtirols von Österreich 1919, über die Unterdrückung der deutschsprachigen Minderheit während der Hitler-Mussolini-Jahre, die italienische Assimilierungspolitik und die Festschreibung erster Minderheitenrechte im Gruber-De Gasperi-Abkommen (Pariser Vertrag) 1946 erläuterte Brugger in der Folge die Bedeutung der ersten Autonomieverhandlungen mit der Unterstützung Österreichs und das Autonomiestatut des Jahres 1972, das eine weitgehende Landesautonomie mit weitreichenden Zuständigkeiten der Südtiroler Bevölkerung festschrieb, aber letztlich in allen Punkten, so Brugger, erst in den 90er Jahren endgültig durchgeführt wurde.

Schon allein dieser erst langfristig wirksam gewordene Vertrag, folgerte Brugger, zeige wie wenig übertragbar das Modell Südtirol auf andere Minderheitenkonflikte sein. Es führe aber auch deutlich vor Augen, dass Minderheiten dringend einer Schutzmacht und großer thematischer Internationalität bedürfen, um ihre Anliegen durchsetzen zu können. Weiters erwähnte Brugger, dass auch der Umstand, dass die Südtiroler Volkspartei als Sammelpartei immer als geschlossene Einheit aufgetreten sei, die Verhandlungskraft der Minderheit deutlich verstärkt habe.

Die derzeitige politische Situation Südtirols, führte Brugger weiter aus, zeige die deutsche und ladinische Volksgruppe als stabile Minderheiten. Das Modell Südtirol funktioniere deswegen so gut, weil nicht versucht wurde, einen "homo sudtiroloensis" zu schaffen, sondern jeder der drei hier lebenden Sprachgruppen ihre eigene Identität zu geben. Auf dieser Grundüberlegung fuße auch das Autonomiestatut.

Die Selbstverwaltung Südtirols funktioniere und habe ein Schwergewicht auf die Förderung von Klein- und Mittelbetrieben gelegt. Anders als in vergleichbaren landwirtschaftlich dominierten Regionen, so Brugger, gäbe es in Südtirol keine Landflucht. Das Finanzsystem sehe vor, dass 90 Prozent aller Steuern in Südtirol blieben. In der öffentlichen Verwaltung seien Südtiroler, Italiener und Ladinier ungefähr im Ausmaß ihrer Sprachgruppenstärke vertreten; eine Regelung, so Brugger, die auch für italienischsprachige Südtiroler einen Schutz darstelle. Besonders betonte er die Bedeutung der Zweisprachigkeit als Wettbewerbsvorteil am europäischen Arbeitsmarkt.

Seine Ausführungen zu den politischen Perspektiven Südtirols in Europa begann Brugger mit der abschließenden Durchführung des Autonomiestatuts 1992. Bei allem Erreichten stelle sie noch nicht das Ende aller Wünsche im Zusammenhang mit der Selbstverwaltung dar. Man werde, so Brugger, auch weiterhin versuchen diese Selbstverwaltung auszubauen.

Um Südtirol europafit zu machen, habe man eine große Bildungsoffensive gestartet. Brugger verwies in diesem Zusammenhang auf die neu geschaffene Universität Bozen und deren starker Vernetzung mit der Universität Innsbruck, an der ein Großteil der deutschsprachigen Südtiroler Studenten sein Studium absolviert.

Brugger nannte den EU-Beitritt Österreichs einen wichtigen Schritt für Südtirol in Richtung Europa und erläuterte, dass das Schengener Abkommen aus Südtiroler Sicht ein Glückfall sei, weil es ganz neue Formen der Zusammenarbeit zwischen den beiden Tirols zulasse. Südtirol begrüße auch den Euro als einheitliche Währung und setze konsequent auf ein Europa der Regionen. In diesem Sinne präsentierten sich Südtirol, Tirol und Trentino nicht nur gemeinsam auf der Expo in Hannover sondern auch in gemeinsamen Büros in Brüssel.

Abschließend lobte Brugger die autonomiefreundliche Politik der italienischen Mitte-Links-Regierungen der vergangenen Jahre, äußerte sich aber besorgt angesichts einer möglichen Mitte-Rechts-Regierung. Die anschließende Diskussion thematisierte neben der Rolle der katholischen Kirche im Südtirol-Konflikt, dem Aufflammen der Frage der zweisprachigen

Ortsbeschriftungen und der Südtiroler Verkehrspolitik auch die Südtiroler Gemeinderatswahlen im Mai, aus denen die SVP nach Ansicht Bruggers gestärkt hervorgegangen ist. Die ebenfalls diskutierten Sanktionen der EU-14 gegenüber Österreich nannte Brugger "nicht korrekt" und "übertrieben".